

damit die zuständigen Organe und Gremien der Vereinten Nationen, darunter auch der Sicherheitsrat, erforderlichenfalls über weitere Maßnahmen beraten können;

6. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

RESOLUTION 64/255

Verabschiedet auf der 74. Plenarsitzung am 2. März 2010, ohne Abstimmung, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/64/L.44/Rev.1 und Add.1, eingebracht von: Ägypten, Albanien, Algerien, Argentinien, Armenien, Aserbaidschan, Australien, Bahrain, Bangladesch, Belarus, Belgien, Benin, Chile, Costa Rica, Dänemark, Demokratische Volksrepublik Korea, Demokratische Volksrepublik Laos, Deutschland, Dominikanische Republik, Ecuador, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Grenada, Griechenland, Haiti, Indien, Irak, Irland, Island, Israel, Italien, Jamaika, Japan, Jemen, Jordanien, Kanada, Kap Verde, Kasachstan, Katar, Kirgisistan, Kolumbien, Kroatien, Kuba, Kuwait, Libanon, Litauen, Luxemburg, Malaysia, Malta, Marokko, Mauritius, Mexiko, Monaco, Mongolei, Montenegro, Myanmar, Nepal, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Oman, Pakistan, Peru, Polen, Portugal, Republik Moldau, Rumänien, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Serbien, Seychellen, Singapur, Slowakei, Slowenien, Spanien, Sri Lanka, St. Lucia, Sudan, Tadschikistan, Thailand, Trinidad und Tobago, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Uruguay, Usbekistan, Venezuela (Bolivarische Republik), Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika, Vietnam, Zypern.

64/255. Verbesserung der weltweiten Straßenverkehrssicherheit

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 57/309 vom 22. Mai 2003, 58/9 vom 5. November 2003, 58/289 vom 14. April 2004, 60/5 vom 26. Oktober 2005 und 62/244 vom 31. März 2008 über die Verbesserung der weltweiten Straßenverkehrssicherheit,

nach Behandlung der Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts über die Verbesserung der weltweiten Straßenverkehrssicherheit und der darin enthaltenen Empfehlungen²³,

in Anbetracht der durch Verkehrsunfälle bedingten enormen globalen Mortalitätslast sowie der zwanzig bis fünfzig Millionen Menschen, die jährlich einen nichttödlichen Verkehrsunfall erleiden und von denen viele bleibende Behinderungen davontragen,

feststellend, dass dieses große Problem der öffentlichen Gesundheit vielfältige soziale und wirtschaftliche Folgen hat, die, wenn sie nicht angegangen werden, die nachhaltige Entwicklung der Länder beeinträchtigen und die Fortschritte im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele hemmen können,

unterstreichend, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten auch künftig den *World Report on Road Traffic Injury Prevention* (Weltbericht über die Verhütung von Verletzungen im Straßenverkehr) als Rahmen für ihre Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit benutzen und gegebenenfalls die darin enthaltenen Empfehlungen umsetzen, indem sie den ermittelten Hauptrisikofaktoren, darunter Nichtverwendung von Sicherheitsgurten und Kindersitzen, Nichttragen von Schutzhelmen, Fahren unter Alkoholeinfluss, nicht angepasste und überhöhte Geschwindigkeit und Fehlen einer geeigneten Infrastruktur, besondere Aufmerksamkeit widmen, das Verkehrssicherheitsmanagement stärken sowie den Bedürfnissen von besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmern wie Fußgängern, Radfahrern und Motorradfahrern und von Benutzern unsicherer öffentlicher Verkehrsmittel besondere Aufmerksamkeit widmen und die medizinische Versorgung von Verkehrsunfallopfern verbessern,

²³ A/64/266.

mit Lob für die Rolle der Weltgesundheitsorganisation bei der Erfüllung des ihr von der Generalversammlung übertragenen Mandats, in enger Zusammenarbeit mit den Regionalkommissionen der Vereinten Nationen Fragen der Verkehrssicherheit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zu koordinieren, sowie mit Lob für die Fortschritte, die die als Beratungsmechanismus fungierende Gruppe der Vereinten Nationen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit erzielt hat, deren Mitglieder den Regierungen und der Zivilgesellschaft Praxisleitlinien an die Hand geben, um die Bekämpfung der Hauptrisikofaktoren für die Verkehrssicherheit zu unterstützen,

in Anerkennung der von den Regionalkommissionen der Vereinten Nationen und ihren Nebenorganen geleisteten Arbeit zur Ausweitung ihrer Aktivitäten auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit und ihres Einsatzes für ein stärkeres politisches Engagement zugunsten der Verkehrssicherheit und in diesem Zusammenhang unter Begrüßung der Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus dem Projekt „Verbesserung der weltweiten Straßenverkehrssicherheit: Festlegung regionaler und nationaler Zielvorgaben für die Senkung der Zahl der Straßenverkehrstote“, das von den Regionalkommissionen der Vereinten Nationen durchgeführt wurde, um den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei der Festlegung und Erreichung von Zielvorgaben für die Senkung der Zahl der Straßenverkehrstote behilflich zu sein,

Kenntnis nehmend von der von den Gesundheitsministern Gesamtamerikas während der Ministertagung über Gewalt- und Verletzungsprävention in Gesamtamerika am 14. März 2008 in Mérida (Mexiko) unterzeichneten Ministererklärung über Gewalt- und Verletzungsprävention in Gesamtamerika, der Erklärung von Doha und den anderen Ergebnissen des von der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien am 21. und 22. Oktober 2008 in Doha organisierten Arbeitstreffens zum Aufbau einer Partnerschaft für Straßenverkehrssicherheit im arabischen Maschrik²⁴, den Schlussfolgerungen und Empfehlungen der am 25. und 26. Juni 2009 in Chalkida (Griechenland) abgehaltenen Konferenz der Wirtschaftskommission für Europa zum Thema „Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit in Südosteuropa: Festlegung regionaler und nationaler Zielvorgaben für die Senkung der Zahl der Straßenverkehrstote“, dem von der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien in Zusammenarbeit mit der nationalen Verkehrsbehörde der Vereinigten Arabischen Emirate am 16. und 17. Juni 2009 in Abu Dhabi organisierten Arbeitstreffen über die Festlegung regionaler und nationaler Zielvorgaben für die Senkung der Zahl der Straßenverkehrstote in der Region der Kommission, der von der Wirtschaftskommission für Afrika am 8. Juli 2009 in Daressalam (Vereinigte Republik Tansania) organisierten Konferenz zum Thema „Für sichere Straßen in Afrika“, der Ministererklärung über die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit in Asien und im Pazifik, die auf der von der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik vom 6. bis 11. November 2006 in Busan (Republik Korea) organisierten Ministerkonferenz über Verkehrswesen verabschiedet wurde²⁵, den Empfehlungen der von der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik vom 2. bis 4. September 2009 in Bangkok organisierten Tagung der Sachverständigengruppe für die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit, insbesondere davon, wie nützlich es ist, die bewährten Verfahren bei der Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit in der Region in einem Leitfaden zusammenzustellen, sowie von den Ergebnissen der von der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik in den Jahren 2008 und 2009 organisierten Tagungen der Sachverständigengruppe für die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit,

sowie Kenntnis nehmend von einer Reihe anderer wichtiger internationaler Anstrengungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit, namentlich dem von dem Internationalen Verkehrsforum der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-

²⁴ Siehe E/ESCWA/EDGD/2008/5.

²⁵ E/ESCAP/63/13, Kap. IV.

wicklung herausgegebenen Bericht *Towards Zero: Ambitious Road Safety Targets and the Safe System Approach* (Null Verkehrstote: Hochgesteckte Ziele für die Straßenverkehrssicherheit und das Konzept des sicheren Systems), der vom 16. bis 18. Februar 2009 in Washington abgehaltenen Internationalen Konferenz über Verkehrssicherheit während der Arbeit und der am 15. Juni 2009 in Dublin abgehaltenen Konferenz zum Thema „Verkehrssicherheit während der Arbeit“, auf der die Bedeutung der Flottensicherheit und die wichtige Rolle des Privatsektors bei der Bewältigung der Fahrverhaltensprobleme unter seinen Arbeitnehmern unterstrichen wurden,

Kenntnis nehmend von allen nationalen und regionalen Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Fragen der Straßenverkehrssicherheit,

sowie Kenntnis nehmend von der wichtigen Rolle der Globalen Fazilität für Straßenverkehrssicherheit der Weltbank als Finanzierungsmechanismus zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus und zur Bereitstellung technischer Unterstützung für die Verkehrssicherheit sowie als Mittel zur Aufstockung der Ressourcen, die für die Verbesserung der Verkehrssicherheit in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen benötigt werden, in Anerkennung der erhöhten finanziellen Unterstützung nationaler, regionaler und globaler Aktivitäten auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit und insbesondere die finanzielle Hilfe begrüßend, die die Weltgesundheitsorganisation und die Globale Fazilität für Straßenverkehrssicherheit von allen Gebern, namentlich den Regierungen Australiens, der Niederlande und Schwedens, sowie von Bloomberg Philanthropies und der Foundation for the Automobile and Society (Stiftung für Automobil und Gesellschaft) des Automobil-Weltverbands FIA erhalten haben,

ferner Kenntnis nehmend von der Ausarbeitung von Normen für Systeme des Verkehrssicherheitsmanagements durch die Internationale Organisation für Normung,

Kenntnis nehmend von dem von der Kommission für weltweite Straßenverkehrssicherheit herausgegebenen Bericht *Make Roads Safe: A Decade of Action for Road Safety* (Für sichere Straßen: Eine Aktionsdekade für Straßenverkehrssicherheit), in dem ein Zusammenhang zwischen Verkehrssicherheit und nachhaltiger Entwicklung hergestellt und eine Aktionsdekade zum Thema Verkehrssicherheit gefordert wird, sowie Kenntnis nehmend von der Kampagne „Für sichere Straßen“ als einem weltweiten Instrument zur Erhöhung des Bewusstseins für die Verkehrssicherheit und zur Mobilisierung von mehr Finanzmitteln für diesen Zweck,

in Anerkennung des von der Weltgesundheitsorganisation veröffentlichten *Global Status Report on Road Safety: Time for Action* (Globaler Sachstandsbericht zur Straßenverkehrssicherheit: Zeit zu handeln), in dem erstmals eine Bilanz der Straßenverkehrssicherheit weltweit gezogen wird und in dem unterstrichen wird, dass die Hälfte aller Straßenverkehrstoten auf besonders gefährdete Verkehrsteilnehmer entfällt und dass nur relativ wenige Länder in der Welt über umfassende Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Hauptrisikofaktoren für die Straßenverkehrssicherheit verfügen,

es begrüßend, dass sich die Weltbank und die sechs führenden multilateralen Entwicklungsbanken, nämlich die Afrikanische Entwicklungsbank, die Asiatische Entwicklungsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Europäische Investitionsbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Islamische Entwicklungsbank, in einer gemeinsamen Erklärung darauf verpflichtet haben, in Zusammenarbeit miteinander die Straßenverkehrssicherheit zu einem größeren Bestandteil ihrer Infrastrukturprogramme zu machen, indem sie ihre Investitionen besser koordinieren und Sicherheitsprüfungen und -bewertungen der Straßeninfrastrukturprojekte durchführen,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die weltweit nach wie vor steigende Zahl der Toten und Verletzten im Straßenverkehr, insbesondere in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, eingedenk dessen, dass die Todesrate im Straßenverkehr beträchtlich höher ist als in den anderen Verkehrssystemen, selbst in den Ländern mit hohem Einkommen,

in Anerkennung der Anstrengungen, die einige Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen unternehmen, um bewährte Verfahren anzuwenden, ehrgeizige Ziele festzulegen und die Anzahl der Todesfälle im Straßenverkehr zu überwachen,

bekräftigend, dass die internationale Zusammenarbeit und der Wissensaustausch auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen weiter gestärkt werden müssen,

in der Erkenntnis, dass eine Lösung der weltweiten Krise der Straßenverkehrssicherheit nur über sektorübergreifende Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen allen Beteiligten im öffentlichen wie im privaten Sektor und unter Einbindung der Zivilgesellschaft herbeigeführt werden kann,

sowie in Anerkennung der Rolle der Forschung als Grundlage für politische Entscheidungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit und bei der Überwachung und Evaluierung der Auswirkungen von Interventionsmaßnahmen sowie in der Erkenntnis, dass weitere Forschung nötig ist, um das Problem der Ablenkung am Steuer anzugehen, das ein Verkehrsunfallrisiko darstellt,

in Anerkennung der Führungsrolle, die Oman dabei gespielt hat, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die weltweite Krise der Straßenverkehrssicherheit zu lenken,

in Würdigung der Regierung der Russischen Föderation für die Ausrichtung der ersten Weltministerkonferenz über Straßenverkehrssicherheit am 19. und 20. November 2009 in Moskau, bei der Delegationen aus Ministern und Vertretern, die sich mit Verkehrs-, Gesundheits-, Bildungs-, Sicherheits- und damit zusammenhängenden Fragen im Bereich der Durchsetzung des Verkehrsrechts befassen, zusammenkamen und die in eine Erklärung mündete, in der die Generalversammlung gebeten wurde, eine Aktionsdekade für Straßenverkehrssicherheit zu verkünden²⁶,

1. *begrüßt* die auf der ersten Weltministerkonferenz über Straßenverkehrssicherheit am 19. und 20. November 2009 in Moskau angenommene Erklärung²⁶;

2. *erklärt* den Zeitraum 2011-2020 zur Aktionsdekade für Straßenverkehrssicherheit mit dem Ziel, die prognostizierte Zahl der Straßenverkehrstoten weltweit durch vermehrte Aktivitäten auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu stabilisieren und anschließend zu senken;

3. *ersucht* die Weltgesundheitsorganisation und die Regionalkommissionen der Vereinten Nationen, in Kooperation mit anderen Partnern der Gruppe der Vereinten Nationen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit und anderen Interessenträgern einen Aktionsplan für die Dekade auszuarbeiten, der als Leitliniendokument zur Unterstützung bei der Verwirklichung der Ziele der Dekade dient;

4. *bekräftigt*, wie wichtig es ist, sich mit den Fragen der weltweiten Verkehrssicherheit zu befassen, und dass es notwendig ist, die internationale Zusammenarbeit weiter zu verstärken, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, einschließlich der am wenigsten entwickelten Länder und der afrikanischen Länder, indem ihre Kapazitäten auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit ausgebaut und ihre Anstrengungen finanziell und technisch unterstützt werden;

5. *erkennt an*, dass die multilaterale technische und finanzielle Hilfe für den Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit auf rasche und vorhersehbare Weise und ohne ungerechtfertigte Auflagen zu erbringen ist, eingedenk dessen,

²⁶ A/64/540, Anlage.

I. Resolutionen ohne Überweisung an einen Hauptausschuss

dass es keine Einheitslösung für alle gibt und dass sich jedes Land je nach seinen Bedürfnissen und Prioritäten in einer besonderen Situation befindet;

6. *fordert die Mitgliedstaaten auf*, ausgehend von dem Aktionsplan Maßnahmen zugunsten der Straßenverkehrssicherheit durchzuführen, insbesondere in den Bereichen Verkehrssicherheitsmanagement, Straßeninfrastruktur, Fahrzeugsicherheit, Verhalten von Straßenverkehrsteilnehmern, einschließlich Ablenkung am Steuer, Verkehrssicherheitserziehung und Betreuung nach Verkehrsunfällen, einschließlich Rehabilitation für Menschen mit Behinderungen;

7. *bittet* alle Mitgliedstaaten, ihre eigenen nationalen Zielvorgaben für die Senkung der Zahl der Straßenverkehrstopfer festzulegen, die bis zum Ende der Dekade in Übereinstimmung mit dem Aktionsplan zu erreichen sind;

8. *fordert dazu auf*, in den Aktionsplan Aktivitäten aufzunehmen, die den Bedürfnissen aller Straßenverkehrsteilnehmer, insbesondere von Fußgängern, Radfahrern und anderen besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmern in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, Rechnung tragen, indem geeignete Rechtsvorschriften, eine entsprechende Politik und eine entsprechende Infrastruktur unterstützt und nachhaltige Verkehrsmittel ausgebaut werden, und bittet in dieser Hinsicht die internationalen Finanzinstitutionen und die regionalen Entwicklungsbanken, den Entwicklungsländern beim Aufbau nachhaltiger Massenverkehrssysteme behilflich zu sein, mit dem Ziel, die Zahl der Straßenverkehrsunfälle zu senken;

9. *fordert außerdem dazu auf*, gemeinsame sektorübergreifende Maßnahmen durchzuführen, um den Anteil der Länder mit umfassenden Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Hauptrisikofaktoren für Straßenverkehrsunfälle, darunter Nichtverwendung von Sicherheitsgurten und Kindersitzen, Nichttragen von Schutzhelmen, Fahren unter Alkoholeinfluss und überhöhte Geschwindigkeit, bis zum Ende der Dekade von den im *Global Status Report on Road Safety: Time for Action* genannten 15 Prozent auf über 50 Prozent zu erhöhen, und ermutigt die Mitgliedstaaten, ihre hinsichtlich dieser Risikofaktoren bestehenden Verkehrssicherheitsvorschriften verstärkt durchzusetzen;

10. *ermutigt* die Regierungen, die öffentlichen und privaten Unternehmen, die nichtstaatlichen Organisationen und die multilateralen Organisationen, bei Bedarf Maßnahmen zu ergreifen, um Ablenkungen am Steuer, namentlich das Schreiben von SMS, die zu erhöhter unfallbedingter Morbidität und Mortalität führen, zu verhüten;

11. *bittet* die Regierungen, bei der Durchführung der Aktivitäten der Dekade eine Führungsrolle zu übernehmen und dabei gleichzeitig eine sektorübergreifende Zusammenarbeit zu fördern, die die akademische Welt, den Privatsektor, Berufsverbände, nichtstaatliche Organisationen und die Zivilgesellschaft, einschließlich der nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften, Opfer- und Jugendorganisationen, sowie die Medien umfasst;

12. *bittet* die Mitgliedstaaten, die internationalen Organisationen, die Entwicklungsbanken und die Finanzierungsorganisationen, Stiftungen, Berufsverbände und Unternehmen des Privatsektors, zu erwägen, für Aktivitäten im Zusammenhang mit der Dekade ausreichende und zusätzliche Finanzmittel bereitzustellen;

13. *ersucht* die Gruppe der Vereinten Nationen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit, weiter als informeller Beratungsmechanismus zu fungieren, so auch bei der Durchführung der Aktivitäten im Zusammenhang mit der Dekade;

14. *bittet* die Weltgesundheitsorganisation und die Regionalkommissionen der Vereinten Nationen, in Kooperation mit den anderen Partnern der Gruppe der Vereinten Nationen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit die zweite Woche der Vereinten Nationen für die weltweite Straßenverkehrssicherheit zu veranstalten, um die Dekade einzuleiten;

15. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, ihr Engagement für die Verkehrssicherheit weiter zu verstärken, namentlich durch die jährliche Begehung des Weltgedenktags für die Straßenverkehrstoten jeweils am dritten Sonntag im November;

16. *legt* den Mitgliedstaaten *außerdem nahe*, Vertragsparteien der Übereinkünfte der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit zu werden und sie durchzuführen und dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen²⁷ beizutreten;

17. *bittet* die Weltgesundheitsorganisation und die Regionalkommissionen der Vereinten Nationen, die regelmäßige Überwachung der weltweiten Fortschritte bei der Erreichung der im Aktionsplan genannten Zielvorgaben im Rahmen der Gruppe der Vereinten Nationen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit zu koordinieren und globale Sachstandsberichte zur Verkehrssicherheit und andere geeignete Überwachungsinstrumente zu erarbeiten;

18. *bittet* die Mitgliedstaaten und die internationale Gemeinschaft, die Straßenverkehrssicherheit in andere internationale Agenden aufzunehmen, wie diejenigen zur Entwicklung, Umwelt und Verstädterung;

19. *erkennt an*, wie wichtig es ist, Halbzeit- und Abschlussüberprüfungen der im Verlauf der Dekade erzielten Fortschritte vorzunehmen, und bittet die interessierten Mitgliedstaaten, in Absprache mit der Gruppe der Vereinten Nationen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit internationale, regionale und nationale Treffen zur Bewertung der Durchführung der Dekade zu organisieren;

20. *beschließt*, den Punkt „Weltweite Krise der Straßenverkehrssicherheit“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundsechzigsten Tagung aufzunehmen, und ersucht den Generalsekretär, der Generalversammlung auf der genannten Tagung über die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele der Dekade Bericht zu erstatten.

RESOLUTION 64/256

Verabschiedet auf der 74. Plenarsitzung am 2. März 2010, ohne Abstimmung, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/64/L.45 und Add.1, eingebracht von: Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Papua-Neuguinea, Russische Föderation, Tadschikistan, Usbekistan.

64/256. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 59/50 vom 2. Dezember 2004, mit der sie der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit Beobachterstatus in der Generalversammlung gewährte,

sowie unter Hinweis auf die Artikel der Charta der Vereinten Nationen, in denen die Förderung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen durch Maßnahmen zur regionalen Zusammenarbeit befürwortet wird,

unter Begrüßung der Anstrengungen des Generalsekretärs der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, die Rolle dieser Organisation bei der Erreichung von Zielen, die mit denen der Vereinten Nationen im Einklang stehen, zu stärken,

Bezug nehmend auf die Resolution 1631 (2005) des Sicherheitsrats vom 17. Oktober 2005, in der der Rat an sein Ersuchen an die Regionalorganisationen erinnerte, die Koordi-

²⁷ Resolution 61/106, Anlage I. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2008 II S. 1419; öBGBI. III Nr. 155/2008.